

Sächsische Vorfzeitung und Elbgaupresse

Amtsblatt

Telegr.-Adresse: Elbgaupresse Dresden

für die Amtshauptmannschaften Dresden-Altstadt und Dresden-Neustadt, das Amtsgericht Dresden
für die Superintendentur Dresden II, das Forstrentamt Dresden

und für die Gemeinden: Blasewitz, Weißer Hirsch, Laubegast, Dobritz, Wachwitz, Niederpöritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig, Schönfeld
Publikations-Organ und Lokalanzeiger für Loschwitz, Rochwitz, Bühlau, die Pöritzgemeinden, Dresden-Striesen, Neugruna und Tolkenwitz

Erscheint jeden Wochentag nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag.
Zugpreis: durch die Post vierteljährlich 12.—, einschließlich Bestellgeld;
durch Boten frei ins Haus vierteljährlich 12.—, monatlich 4.—;
bei Abholung in der Geschäftsstelle vierteljährlich 11.—, monatlich 3.75

Blasewitz
Sonnabend, 24. Juli 1920.

Anzeigen-Preis: die 6 gespaltene Grundzeile ober deren Raum
1.— Mark, im Textzeile die Zeile 2.50 Mark, für Tabellen- und
schwierigen Satz 50% Zuschlag.
Anzeigenannahme für die nächste Nummer bis vorm. 11 Uhr.

Vor dem Zusammentritt des Reichstages.

Der Reichstag wird am nächsten Montag bei seinem Zusammentritt aller Voraussicht nach politische Verwicklungen nicht zu lösen haben. Die Aussprache über Spa hat im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten und im Reichswirtschaftsrat bereits in viel Arbeit geschaffen, daß die Regierung mit einem im großen und ganzen glatten Verlauf der parlamentarischen Debatte rechnen kann. Gleich den anderen Parteien steht auch die Deutsche Volkspartei dem Abkommen von Spa mit sehr ernstlichen Bedenken gegenüber, mit Bedenken, die im übrigen auch von führenden Männern der Regierung geteilt werden. Minister Dr. Scholz, der die Deutsche Volkspartei in der Regierung vertritt und den Verhandlungen in Spa in allen wesentlichen Sitzungen beizuwohnen, hat schon dort mit seinem Widerspruch gegen das militärische Abkommen und gegen das Kohlenabkommen nicht zurückgehalten. Dr. Scholz hat dem Abkommen über die Entschärfung der Kohlenfrage nicht zugestimmt und ist in der Kohlenfrage nur soweit gegangen, daß er dem deutschen Gegenantrag, der unter ganz bestimmten und fest formulierten Voraussetzungen zwei Millionen Tonnen Kohlen als Monatslieferung akzeptierte, seine Zustimmung erteilte. Als die Entente diesen Gegenantrag ablehnte, hat Dr. Scholz auch in der Kohlenfrage der schließlich getroffenen Vereinbarung seine Zustimmung verweigert. Diese Haltung findet in der Deutschen Volkspartei ihre volle Billigung. Sie ist auch durchaus konsequent, denn nach den unanfechtbaren sachmännlichen Gutachten des Abgeordneten Stinnes und nach der gleichlautenden Ansicht des Abgeordneten Due ist die Lieferung von zwei Millionen Tonnen im Monat ein Ding der praktischen Unmöglichkeit. Ihre Durchführung würde für die deutsche Industrie eine Minderlieferung zur Folge haben, die gegenüber der jetzt schon unzureichenden Versorgung mit Kohlen einen Rückgang von 20 Prozent bedeutet. Die weitere Konsequenz wäre eine Steigerung der Arbeitslosigkeit in einem so bedrohlichen Umfang, daß niemand das Risiko einer solchen weitgehenden Stilllegung der deutschen Industrie durch Kohlenentziehung zu tragen vermöge. Nur wenn nach dem von Dr. Scholz gebilligten Gegenantrag, durch eine garantierte Lebensmittellieferung an die Arbeiter und einen ebenso fest garantierten Aufschub von oberflächlicher Kopie die Minderlieferung an die deutsche Industrie hätte weitgemacht werden können, wären zwei Millionen überhört. Es ist also durchaus gerechtfertigt, wenn der Vertreter der Deutschen Volkspartei in der Regierung gegen das Abkommen vertritt, und wenn die Deutsche Volkspartei seine Haltung billigt. Daß es nicht möglich war, den Einfluß der Deutschen Volkspartei in Spa zur vollen Geltung zu bringen, ist außerordentlich bedauerlich. Es werden Mittel und Wege gefunden werden müssen, um diesen Einfluß zu härten und für die bevorstehenden Verhandlungen in Genf auf deutscher Seite eine andere Verhandlungsgrundlage zu schaffen als in Spa, was auch der Minister Dr. Stinnes mit seinem inneren Widerstreben gegen das Kohlenabkommen nicht durchbringen konnte. Die Forderung der Deutschen Volkspartei wird es an bestimmten Vorschlägen, um für die Verhandlungen in Genf Wandel zu schaffen, nicht fehlen lassen. Welche Stellung die Deutsche Volkspartei parlamentarisch zu dem Abkommen von Spa annehmen wird, ist zurzeit noch nicht festgelegt. Daß dem Abkommen schwere sachliche Bedenken gegenüberstehen, ist gewiß. Ebenso klar ist aber auch, daß die Konferenz in Spa kein Ding an sich ist, sondern im Gesamtrahmen der auswärtigen Politik betrachtet werden muß. Und unter diesem Gesichtspunkt wird es nicht zu umgehen sein, daß die außenpolitische Gesamtlage, die für Deutschland durch den Weltkriegs-Vormarsch in Polen in erster Linie und am unmittelbarsten bestimmt ist, ihre volle Berücksichtigung bei der Erörterung der Frage findet, wie die Deutsche Volkspartei sich als Mitträgerin der Regierung in den kommenden Reichstagsverhandlungen parlamentarisch verhalten wird. Von denselben Gesichtspunkten werden sich auch die anderen Parteien leiten lassen müssen.

Politische Nachrichten.

Zum Abban der Lebensmittelpreise und der Zwangswirtschaft.
Ein in Belgien abgehaltener Eindeutscher Bauernrat beschloß, die Kartoffelpreise auf 20 Mk. und die Eierpreise auf 1 Mk. herabzusetzen.
Wie aus Dessau gemeldet wird, beabsichtigt die anhaltische Regierung, die Zwangsbewirtschaftung für Fleisch und Kartoffeln aufzuheben.
Nach einer Meldung des „Lokalanzeiger“ aus Halle haben die Hotelbesitzer und Pensionatsinhaber in Schierke die Preise durchweg beträchtlich herabsetzen müssen, da die Kurste sich zusammengeslossen hatten und mit gemeinsamem Zwang drohten.
Aufhebung eines Millionenwindelnetzes.
(„Aufbauzentrale“ und „Zweckverband Obersachsen“.)
Die „Sof. Ztg.“ berichtet über die Aufhebung der „Aufbauzentrale“ in Berlin-Schöneberg durch den Staatskommissar für Wirtschaftspolitik, eines Zweigunternehmens eines Schwindelkonzerns, welcher die wasserländische Opferwilligkeit mißbraucht und Millionen erbeutet habe. Sein Rückgrat sei der sogenannte Zweckverband Obersachsen, der mit Obersachsen nichts zu tun habe, aber mit einem großen Bureau-Apparat gearbeitet und sogar die Aufbaupartei gegründet habe, welche bei den Reichstagswahlen 16 000 Stimmen erhielt.

Aus den beschlagnahmten Papieren geht hervor, daß in etwa vier Monaten etwa 1 200 000 Mk. zu angeblich wasserländischen Zwecken gesammelt worden sind. Von diesem Betrag fanden sich nur noch 20 000 Mk. vor. Von der ganzen Summe ist auch nicht ein einziger Pfennig für die Abtötung in Obersachsen verwendet worden. Die Gelder flossen größtenteils in die Taschen der Geschäftsführer und Agitatoren, die Provisionen bis zu 40 v. H. bezogen.

Immer nationale Bürde wahren.

Auf den meisten internationalen Zusammenkünften seit der Revolution hat man gewöhnlich von den deutschen Delegierten eine Art Schuldkenntnis betriebs des Krieges verlangt. Gewöhnlich wurden Belgier vorgeschoben, um eine solche Zumutung zu helfen, und leider waren die deutschen Vertreter nicht immer Manns genug, um die treffende Antwort zu geben, wie wir in Nr. 150 betriebs der Internationalen Seemannskonferenz feststellen mußten. Um so erfreulicher ist die fräftige Zurückweisung einer gleichen belgischen Zumutung auf der jüngst in Basel stattgefundenen Delegiertenversammlung der Internationalen Vereinigung für gesellschaftlichen Arbeiterkampf durch die deutschen Vertreter. Die Antwort lautete nach dem „Korrespondenzblatt des Allgem. Deut. Gewerkschaftsbundes“: Die deutsche Delegation ist nicht befaßt und auch nicht geneigt, eine Erklärung in dem von den Belgiern gewünschten Sinne abzugeben. Die Deutschen seien bereit, wie selber so auch fernerhin ihre Kräfte für den internationalen Arbeiterkampf einzusetzen, wer hierbei mit den Deutschen nicht mittun wolle, dem solle es unbenommen sein, seine Konsequenzen zu ziehen. — So war es recht! Und es ging trotzdem, denn die Verhandlungen wurden fortgesetzt und auch die Belgier nahmen weiter daran teil.

Ein Schweizer Sozialist über deutsche Politik.

Der ehemalige sozialdemokratische Volkspräsident von Zürich, Kocher, der sich gegenwärtig auf der Durchreise in Berlin aufhält, äußerte sich in einer Gesellschaft einem Berliner Beamten gegenüber: „Wissen Sie, ich bin Sozialdemokrat, aber eins will ich Ihnen sagen: Solange sich das deutsche Volk so hundemäßig benimmt und sich treten läßt, ist es wert, so behandelt zu werden. Das hat auch dazu beigetragen, daß wir Schweizer Sozialdemokraten weit von Deutschland abgerückt sind und keine Achtung mehr vor ihm haben. Wäre ich Deutscher, ich würde trotz meiner sozialistischen Parteiangehörigkeit als Protest eine schwarzweiße Kofette tragen.“

Was ist man seiner Partei schuldig?

Ueber diese Frage besteht unter den Anhängern der nationalen, liberalen und sozialen Auffassung noch vielfach eine sehr bedauerliche Unklarheit. Um der richtigen Erkenntnis zum Durchbruch zu verhelfen, wurde schon öfter darauf hingewiesen, daß die Sozialdemokratie von ihren Parteimitgliedern einen Wochenbeitrag von einer Mark für den Wahlverein und außerdem noch viel größere Leistungen für Gewerkschaftszwecke erhebt. Dieses Beispiel hat noch keineswegs alle wasserländisch und freibeitlich gesinnten Wähler und Wählerinnen zur Nachlieferung angepornt. Dagegen haben andere daraus gelernt. Die „Sächsische Vorfzeitung“, das Zentrumorgan in Sachsen, veröffentlicht einen Aufruf über Steuerabgabe, worin u. a. als normale, pflichtmäßige, selbstverständliche Leistung eines katholischen Hilfsarbeiters mit 6000 Mk. Einkommen für die (unter Zentrumswahlleitung stehende) Gewerkschaft, für den Zentrumswahlverein und für die Nebenorganisation des Zentrums, den Volksverein für das katholische Deutschland 12 Mk. angegeben sind, also 2 v. H. des Einkommens. Es wird die höchste Zeit, daß alle die dringende Notwendigkeit erkennen, den Gegnern gerade in diesem entscheidenden Punkte keinen Vorprung zu lassen.

Die Schuld am Ausbruch des Krieges.

Genf, 22. Juli. In einem Vortragsartikel, der „Ein Gedächtnis“ überschrieben ist, weist die „Humanität“ auf eine Rede hin, die General Castelnau dieser Tage in Saint Omer vor Offizierschülern gehalten hat. In dieser Rede sprach der General von der militärischen Generation vor dem Kriege und sagte, die Armees jener Tage sei von freudigem Patriotismus erfüllt gewesen und habe mit stürmischer Leidenschaft einen baldigen Kampf herbeigewünscht. Sie hätte sich dem Werke der Revanche geweiht, die der letzte und erhabenste Gedanke der vor 50 Jahren gefallenen Väter und Brüder gewesen war. Das sozialistische Blatt erblickt in diesen Worten einen erneuten Beweis dafür, daß die militärische Klasse in Frankreich mit vollem Bewußtsein auf den Krieg hingehabt habe. Es könne, so meint das Blatt, kein Zweifel mehr bestehen, daß die führenden Politiker sowohl Frankreichs als Deutschlands gleichermäßen am Ausbruch des Krieges schuldig seien, die Poincaré und Delcassé ebenso wie die Wilhelm und Joseph. (Die Ansicht, daß die Gegner Deutschlands bewußt auf einen Krieg zuarbeiteten, ist für uns nichts Neues — interessant nur, daß man dies endlich auch in Frankreich eingesehen beginnt.)

Die Verhaftung Bela Kunns.

Berlin, 22. Juli. In der amtlichen Mitteilung über die Verhaftung Bela Kunns in Stettin geht der „Sof. Ztg.“ noch eine Meldung zu, aus der sich ergibt, daß der Vorgang in Stettin ziemlich erregt verlaufen ist. Der Transportdampfer „Lobos“, auf dem die etwa 1000 Austauschgefangenen, unter denen sich Bela Kun befand, transportiert werden sollten, wurde auf der See von mehreren Torpedobooten angehalten. Das Schiff wurde in der Hafenstraße verankert und bewacht. Juntsprüche von dem Schiff aus erklärten, es würde eine Meuterei ausbrechen, wenn man die Weiterfahrt hindere. Im Laufe des Nachmittags wurde dann Bela Kun, der sich Grünberg nannte, Edwin (Rüchgen) und mehrere andere Kommunisten verhaftet, auf ein Torpedoboot gebracht und mit diesem nach Stettin transportiert.

Sicherheitsmaßnahmen in Ostpreußen.

Königsberg, 22. Juli. Die umfassenden in Ostpreußen getroffenen Sicherheitsmaßnahmen gegen die Bolschewikenbewegung lassen die Provinz Ostpreußen jetzt gänzlich in Gefahrzustand erscheinen. Alle Reichswehrformationen sind in Alarmbereitschaft. Die Auflösung bzw. Umwandlung der Sicherheitswehren in Ostpreußen ist mit Rücksicht auf den Ernst der Lage vorläufig eingestellt worden.

Die Polen weiter auf dem Rückzug.

Einem Telegramm aus Warschau zufolge beizagt der polnische Oberbefehlshaber: An der Nordfront steht das polnische Heer den Rückzug fort und kämpft jetzt am Czernica-Fluß. Aus Kopenhagen wird gemeldet, daß die Bolschewiken die polnische Front in einer Entfernung von 90 Meilen von der ostpreussischen Grenze durchbrochen haben.

Die Bolschewiken in Mielokod.

Paris, 22. Juli. Nach den letzten in Paris eingetroffenen Meldungen steht die russische Armee in Mielokod, 180 Kilometer nordöstlich Warschau. Die Stadt liegt bereits innerhalb jener Grenzen, die Polen von den Alliierten zugesichert wurden. Wenn sich diese Nachricht bestätigt, ist für die Alliierten der casus foederis gegeben. Sie würden dann den Polen ihre ganze Unterstützung zuteil werden lassen. — Einem Telegramm aus Belgrad zufolge haben die bolschewistischen Truppen auch die rumänische Grenze nach Westarabien überschritten und rücken nach dem Innern des Landes vor.

Transport der alliierten Hilfstruppen durch Deutschland?

Genf, 22. Juli. Mittermeldungen aus Paris zufolge ist ein Verlangen der Alliierten an Deutschland, die Hilfstruppen für Polen durch deutsches Gebiet zu transportieren, an die deutsche Regierung unterwegs. (Das war zu erwarten. Da Deutschland erklärt hat, „Neutralität“ wahren zu wollen, was beiden Kriegsparteien angezählt wurde, so kann es Truppentransporte zur Unterstützung der Polen nicht durch sein Gebiet durchlassen.)

Zum Waffenstillstandsangebot Polens.

Rotterdam, 22. Juli. Die „Times“ meldet aus Warschau: Der Umstand, daß die Antwort der Bolschewiken auf das polnische Waffenstillstandsangebot noch nicht eingetroffen ist, verurteilt in Polen Beunruhigung. Die Polen glauben, daß die Bolschewiken möglichst große Vorteile aus der militärischen Lage ziehen wollen, die ihnen jetzt sehr günstig ist. Die amtlichen polnischen Kreise sind sich darüber klar, daß die von England zu leistende Hilfe nur aus Kriegsmaterial bestehen wird. Vielleicht werden auch freiwillige nach Polen gehen. Aber wie verlautet, ist nirgends die Rede von der Abwendung eines englischen Expeditionskorps.

Wie die „Sof. Ztg.“ aus Warschau meldet, hat der polnische Landesverteidigungsrat beschlossen, den englischen Rat zu belagern und ein Waffenstillstandsangebot unmittelbar nach Moskau zu richten. Um dem Angebot größeren Nachdruck zu verleihen, soll ein Koalitionskabinet aus allen Sachpartei gebildet werden unter besonderer Berücksichtigung der liberalen Bauernpartei und der Sozialisten.
Nach einer Meldung des „Lokalanzeiger“ ist in Warschau die Nachricht eingetroffen, daß Ende dieses Monats die ersten Truppentransporte aus Frankreich eintreffen werden. Sie werden voraussichtlich über See geleitet, und in Danzig aus- geschifft werden.

Immer langsam voran.

Paris, 22. Juli. Die französische Mission, die zur Prüfung der Lage nach Polen entsandt wird, besteht aus dem französischen Botschafter in Washington Jusserand, dem Generalkonsul des Marichalls Joch sowie dem Botschaftsrat Wagnon vom Kabinet Millerand. Die englische Mission besteht aus dem englischen Botschafter in Berlin Abernon, dem General Radcliffe und Sir Maurice Gantzen, dem Leiter des politischen Sekretariats Lloyd Georges. Die beiden Missionen haben heute abend Paris verlassen. (Danach scheint es mit einem militärischen Eingreifen zugunsten Polens noch gute Weile zu haben.)

Rußlands Antwort an England.

Rotterdam, 22. Juli. Dem „Manchester Guardian“ zufolge wird in der russischen Antwortnote folgendes dargelegt: Die Sowjetregierung weigert sich bestimmt, mit einem Vertreter des Generals Wrangel zusammenzukommen oder seine Sache anzuerkennen. Die Sowjetregierung ist bereit, seinen Truppen und den unter seinem Schutze befindlichen Personen Sicherheit zu gewährleisten. Auf der anderen Seite verlangt sie bedingungslose Uebergabe der ganzen Ostbaltischen Arm. Was den Völkerverbund angeht, so weigert sich die russische Regierung, sich an die Vorschriften dieses Bundes zu halten von dessen Bestehen sie nur aus den Zeitungen erfahren habe. Die Sowjetregierung betont, daß die Alliierten nichts getan hätten, als bekannt wurde, daß Polen einen Angriff auf Rußland beabsichtigte. Daher steht die russische Regierung nicht ein, warum sie sich jetzt, wo sich Polen von einer Katastrophe in dem von ihm selbst begonnenen Kriege bedroht sieht, dem Bunde unterwerfen soll.

Lloyd George über seine Vermittlerrolle zwischen Polen und den Bolschewiken.

Paris, 22. Juli. In der Sitzung des englischen Unterhauses am Mittwoch gab Lloyd George u. a. Erklärungen über die Lage in Polen ab. Er gab der Beunruhigung Ausdruck. Die bei den Alliierten besteht, und bezeichnete die Haltung der polnischen Regierung zu Beginn dieses Jahres als unklar und unüberlegt. Die einzige Entschärfung für das polnische Vorgehen könne die Einstellung der Bolschewiken in ihrer Verhältnisse Polens sein. Die Polen begangen einen Irrtum, als sie hofften, einen Pufferstaat zwischen sich und Sowjetrußland zu errichten. Dieser Irrtum würde aber das Verschwinden Polens nicht rechtfertigen. Ein unabhängiges Polen sei für die Aufrechterhaltung des Friedens unbedingt not-